

3.2.2 Fallstudien weltweit

3.2.2.1 Der ländliche Raum der USA (Rita Schneider-Sliwa)

Dieses Kapitel befasst sich mit den Entwicklungen im post-agraren und post-industriellen ländlichen Raum der USA, zeichnet die Heterogenität des *New Rural America* - seine Struktur- und Problemvielfalt - auf und skizziert die amerikanische Bundespolitik für das 21. Jahrhundert. Diese versucht, über eine Telekommunikationsvernetzung periphere Regionen in den Wirtschaftskreislauf zu integrieren, weil in den USA die Regionalentwicklung traditionell nur mittels Infrastrukturmaßnahmen gesteuert wurde. Die grundsätzliche Frage nach den Möglichkeiten einer regulierenden Regionalpolitik in den USA wird durch eine Betrachtung der nichteuropäischen Identität des *American style planning* und des verfassungsmäßig limitierten bundespolitischen Handlungsspielraumes in den USA diskutiert.

a) Die ideelle Bedeutung des ländlichen Raumes in der amerikanischen Gesellschaft

Der ländliche Raum war seit über 200 Jahren von zentraler Bedeutung für das amerikanische Leben und die gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen. Ihnen lag die Idee einer ländlich-demokratischen Idealgesellschaft zugrunde, nach der eine nicht-urbane Welt einen auf sich selbst gestellten, mündigen, unabhängigen Bürger einer Demokratie hervorbringt (*Criswold* 1952). Die symbolische Bedeutung, die dem ländlichen Raum zugemessen und über die damaligen Medien sorgfältig kultiviert wurde (*Roosevelt* 1917), ließ eine generell anti-urbane Wohnpräferenz in weiten Schichten der amerikanischen Bevölkerung entstehen, u.a. im Mittelstand, der sich seit der Industrialisierung in den Suburbs als einer pseudo-ländlichen Welt niederließ (*Holzner* 1985). Diese kulturell bedingte Präferenz wurde bundespolitisch subventioniert und führte zu dem weitgestreuten, individualistischen Zersiedeln der Landschaft und dem von Behörden kaum behinderten Landschaftsverbrauch, der durch Umweltschutzmaßnahmen und Wachstumsbegrenzungen zwar graduell, aber nicht prinzipiell eingeschränkt wird. Noch gegenwärtig haben der ländliche Raum und ländliches Leben einen hohen ideellen Wert. Allerdings leben nur noch 22% der 251 Mio. Amerikaner im ländlichen Raum, nur 2% der Amerikaner sind Farmer, nur 7% der ländlichen Bevölkerung sind überhaupt noch in der Landwirtschaft beschäftigt, seit die Landwirtschaft von dem allgemeinen Strukturwandel zur post-industriellen Gesellschaft erfasst wurde, der auch den ländlichen Raum zu einem post-agraren Raum machte (US Bureau of the Census 1992).

b) Das post-agrare und post-industrielle New Rural America

In der Vergangenheit hatte der ländliche Raum eine außerordentliche ökonomische Bedeutung: er erbrachte die notwendigen Arbeitskräfte, Nahrungsmittel und die Bodenschätze für die Entwicklung zu einer industriellen und wirtschaftlichen Weltmacht (US Congress, Office of Technology Assessment (OTA) 1991 a, S. 3). Zwischen der Landwirtschaft und der industriellen Entwicklung bestand von jeher eine symbiotische Verbindung, die sich z.B. in der Überlagerung des Industriegürtels und großer Teile der Agrargürtel zeigt (Abb. 3.2.2/1).

Ungeachtet der früher echten und heute symbolischen Stärken des ländlichen Raumes gibt es seit geraumer Zeit ernstzunehmende Probleme wie z.B. hohe Armut allgemein sowie unter der arbeitenden Bevölkerung - 70,5% der Armen im ländlichen Raum gelten als *working poor* (Center on Budget and Policy Priorities 1990, S. 5). Sie leben unter dem Existenzminimum, obwohl sie Arbeit haben, wobei der relativ hohe Anteil der Vollzeit-Beschäftigten an den Armen auffällt.

Ein weiteres gut dokumentiertes Problem ist die hohe selektive Abwanderung. Es sind u. a. Personen mit höherem Ausbildungsniveau, die den ländlichen Raum verlassen (US Congress, OTA 1991 a, S. 44). Die vielfältigen Gründe dieser Probleme sind zumeist struktureller Natur und daher kaum umzukehren. Zentrale Ursache ist der unaufhaltsame und dramatische Strukturwandel der ländlichen Wirtschaft

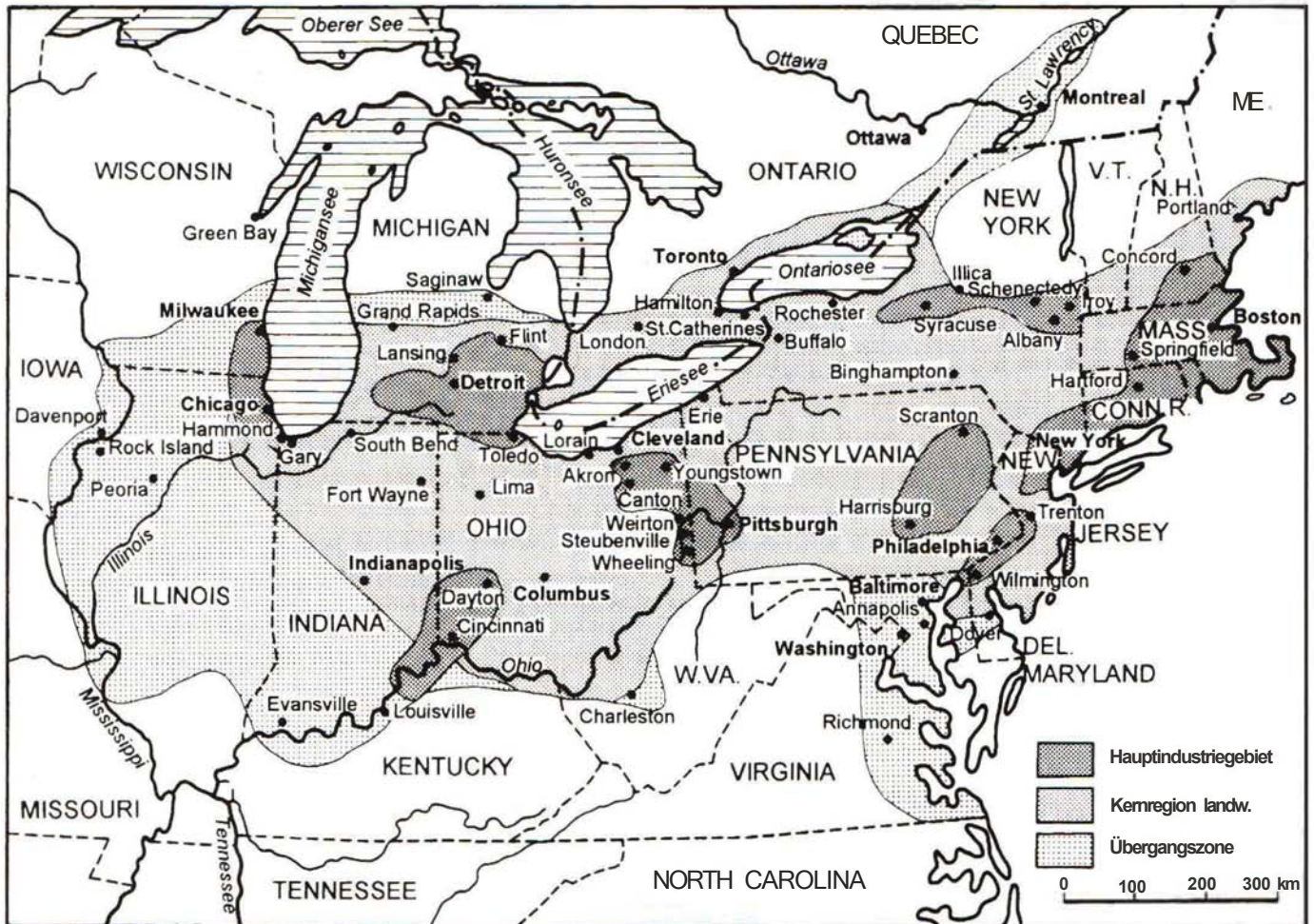


Abb. 3.2.2/1

Der wirtschaftliche Kernraum der USA (nach: Birdsall und Florin 1981, S. 270 und Clark 1985, S. 82)

von einer Produktion, die auf Landwirtschaft, Bergbau und Industrie ausgerichtet war, wie etwa noch um 1930, hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft, in der der überwiegende Teil der Beschäftigten im Tertiärsektor tätig ist. Es wird deutlich, dass ländlich nicht mehr gleich landwirtschaftlich bedeutet, was auch für den ländlichen Raum in Deutschland gilt (Henkel 1993, S. 23ff.).

Obwohl also die Landwirtschaft rein optisch das Bild des ländlichen Raumes dominiert, hat sie für die Beschäftigung und das Bruttosozialprodukt nur noch eine geringe Bedeutung. Der „ländlichen Raum“ der USA setzt sich gegenwärtig aus sehr heterogenen ländlichen Teilräumen zusammen, die überwiegend nicht-landwirtschaftlich ausgerichtet sind. Es gibt mehrere durch Bundesbehörden erfasste Kategorien ländlicher Räume mit Spezialfunktionen, unterschiedlicher Entwicklungsdynamik und -problematik, wobei die Zuordnung zu einer Kategorie die Zugehörigkeit zu einer anderen Kategorien nicht ausschließt; 60% gehören jedoch ausschließlich zu einer Gruppe, 22% zu zwei Gruppen.

c) Struktur- und Problemvielfalt ländlicher Räume der USA

Die Gebietskategorien, Charakteristika und Probleme der ländlichen Räume wurden in klassischen Studien des US Department of Agriculture (Bender et al. 1985, S. 3-19; Hady und Ross 1990 S. 5-12) wie folgt zusammengefasst:

Die farming dependent counties (Abb. 3.2.2/2) machen rund 30% der counties, aber nur 13% der ländlichen Bevölkerung aus.

Durchschnittlich über 30% des Gesamteinkommens des county wird aus der Landwirtschaft gewonnen. Diese counties liegen fern von Großstädten oder größeren regionalen Bevölkerungszentren, und fast die Hälfte der counties hat keine Städte über 2.500 Einwohner. Die counties haben seit den sech-

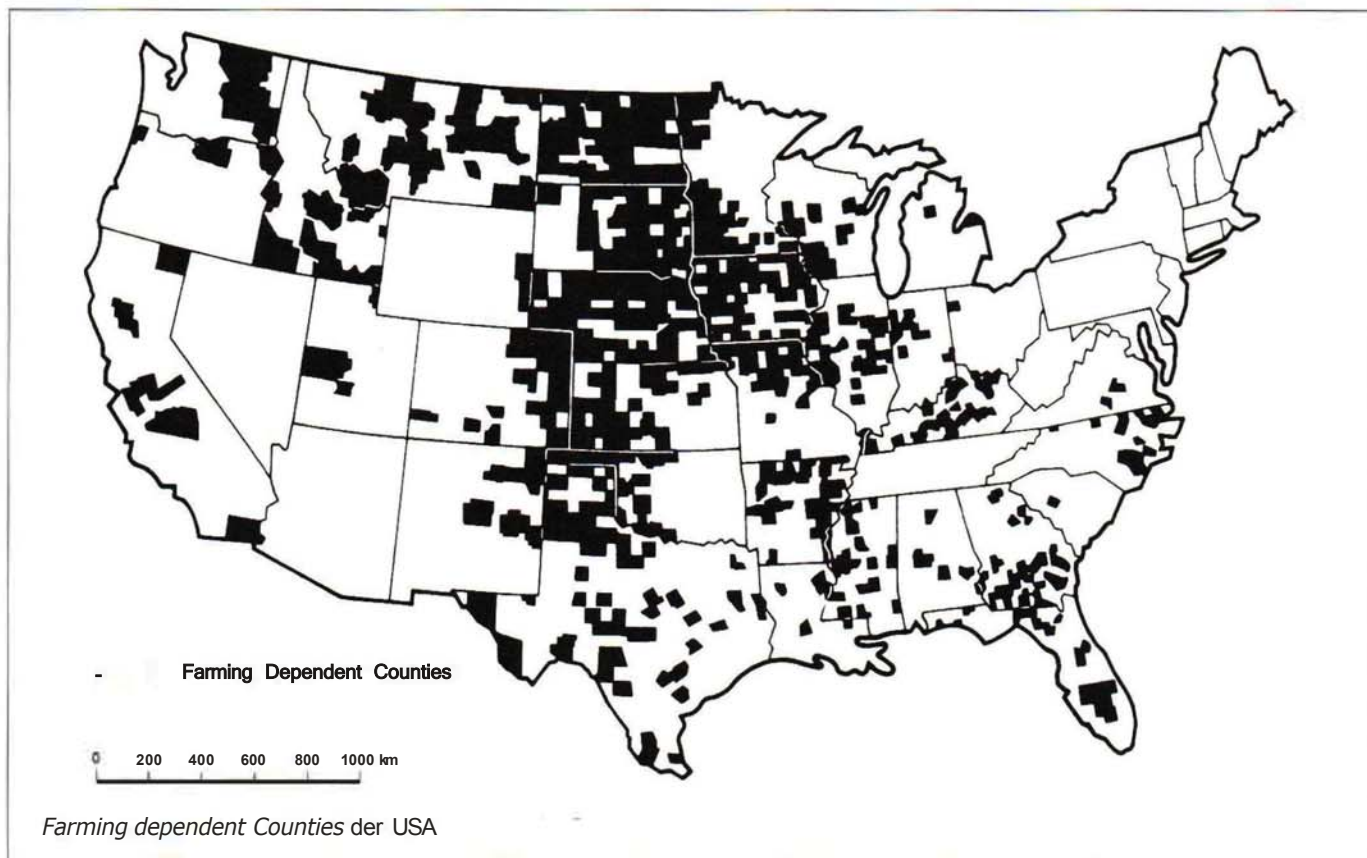


Abb. 3.2.212

Farming Dependent Counties der USA (nach: Sender et al. 1985 S. 4)

ziger Jahren und auch in jüngerer Zeit eine große Abwanderung erfahren. 1980 wurden 11,9 Mio. und 1986 noch 11,2 Mio. Personen verzeichnet. Eine duale Einkommensstruktur mit wenigen Höchstverdienern und vielen unterdurchschnittlich Verdienenden, Rentnern und Personen mit Sozialleistungen ist kennzeichnend für diese Gebiete. Veränderungen der Agrarpolitik und der internationalen Handelsbeziehungen, der Umweltschutzpolitik mit Anbaubegrenzungen und anderen Maßnahmen der Bundespolitik treffen diese counties besonders hart.

Beispielhaft seien weitere Kategorien von *counties* vorgestellt: *Manufacturing dependent counties* (Abb. 3.2.2/3) machen rd. 28% aller ländlichen *counties* und rd. 39% der ländlichen Bevölkerung aus. Sie sind durch einen größeren Grad der Verstädterung und Nähe zu großen Bevölkerungszentren ausgewiesen; 33% der *counties* sind großstadtnah, nur 18% sind ländlich-peripher. Bevölkerungszuwachs in den 60er und 70er Jahren sowie starke Arbeitsplatzverluste in den achtziger Jahren wegen industrieller Standortverlagerungen nach Übersee und internationaler Konkurrenz kennzeichnen diese counties, ebenso ein größerer Anteil schwarzer Bevölkerung, ein geringer Anteil tertiärer Aktivitäten, ein höherer Anteil der von Frauen geführten Haushalte und industrielle Arbeitsplätze in den Billiglohnkategorien. Problematisch für die Wirtschaft dieser *counties* sind Währungsschwankungen des Dollars, die die Exporte gefährden, wobei solche Krisen ebenso als „hausgemacht“, also US-intern durch Standortentscheidungen amerikanischer Firmen verursacht werden, wie durch globale Entwicklungen in Handel und Währungspolitik.

Mining dependent counties (Abb. 3.2.2/3) werden von rd. 6% der ländlichen Bevölkerung bewohnt. Sie liegen abseits größerer Städte an den Fundorten und bieten teilweise sehr hohe Einkommen wegen hochqualifizierter Arbeitsplätze und sehr starker gewerkschaftlicher Organisation. Eine Ausnahme bilden hier nur die Bergbauregionen der Appalachen, wo bekannte Probleme seit den dreißiger Jahren zu einer Reihe von bundespolitischen Sondermaßnahmen führten. In den Boomzeiten erfahren diese counties generell einen Bevölkerungszuwachs, sind aber trotzdem mit 30 Einwohnern pro km² sehr dünn

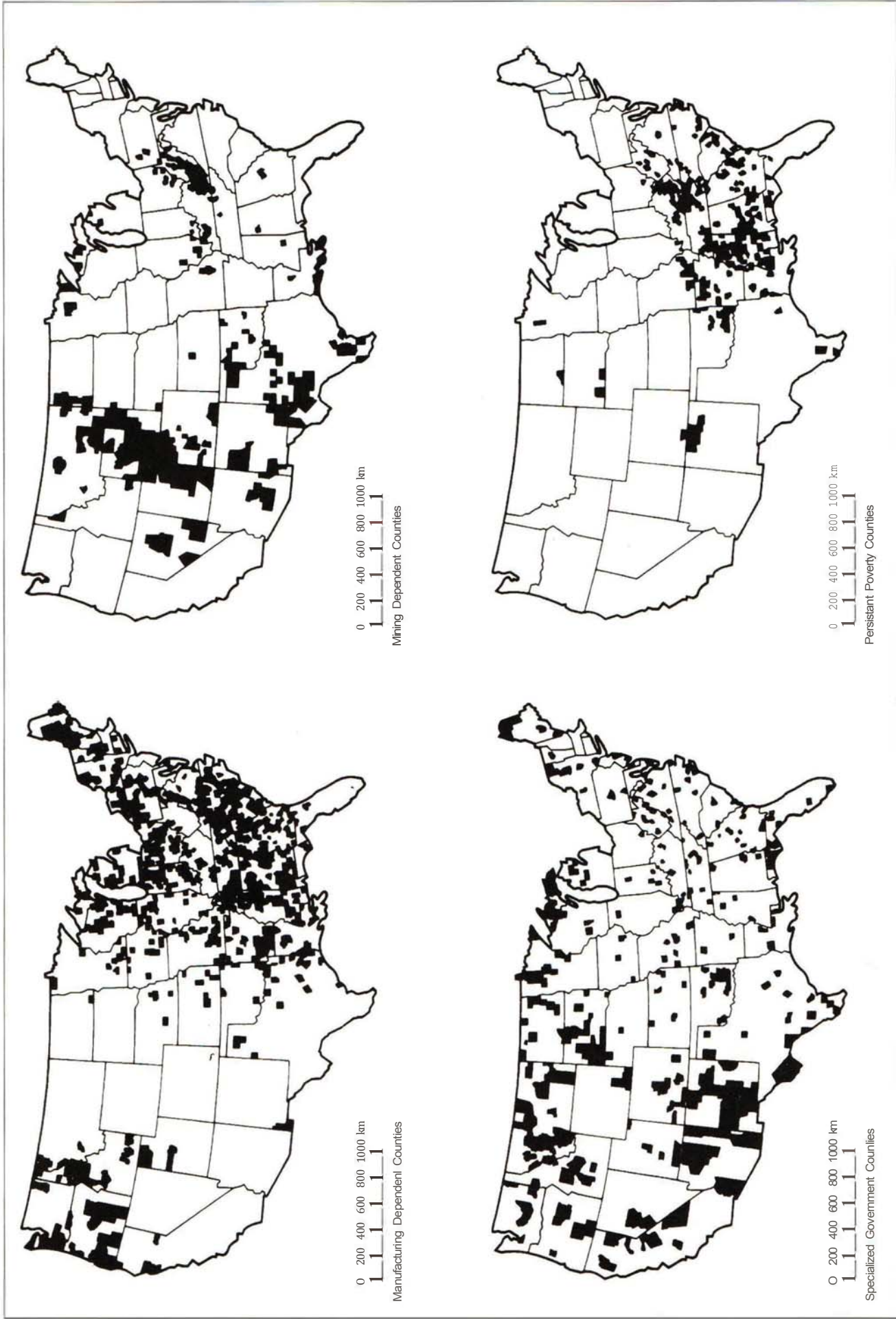


Abb. 3.2.2/3
Verschiedene Kategorien von counties in den USA (nach: Sender et al. 1985 S. 7-19)

besiedelt. Allerdings ist die Bevölkerungsfluktuation sehr stark aufgrund der Nachfrageschwankungen nach den Ressourcen. Die Anteile der Sozialhilfeempfänger *unfemale headed households* und anderer Armutgruppen sind deutlich niedriger als in den anderen Kategorien ländlicher Räume.

Specialized government junctions kennzeichnen eine andere Gruppe von counties (Abb. 3.2.2/3), wo bundes- und einzelstaatliche sowie lokale Regierungs- und Verwaltungsstellen die wichtigsten Arbeitgeber sind. Regionale Konzentrationen sind im Westen der USA in Gebieten zu finden, in die aus strategischen Gründen Militärstützpunkte und Raketenabschussrampen verlegt wurden, oder in denen Regierungszentren einzelner Bundesstaaten oder Hauptquartiere für Nationalparks, größere Gefängnisse oder staatliche Universitäten liegen. Sie sind stark urbanisiert, die Funktionen sind in mittelgroßen Städten von 20.000 - 50.000 Einwohnern konzentriert. Diese Kategorie umfasst ein Viertel aller counties und beherbergte 1980 rd. 30 Mio. Einwohner. Die Einkommen sind relativ niedrig, da die wirtschaftlichen Aktivitäten außerhalb der Regierungs- oder Verwaltungsfunktionen durch Billiglohnkategorien bestimmt werden und Niedriglohnkategorien auch im Bereich der Regierungs- und Verwaltungsfunktionen *unfederal military jobs* dominieren. Als problematisch erweist sich die starke Abhängigkeit vom Bund und dem jährlich schwankenden Bundeshaushalt. Auch die Abrüstungs- und internationale Friedenspolitik wirkte sich durch die Schließung militärischer Anlagen lokal zunächst nachteilig aus. Insgesamt leiden diese counties auch an einem schwachen Steueraufkommen, weil die Bundesregierung bzw. ihre Anlagen nicht über die wichtigen Steuermechanismen (Grundsteuern) besteuert sind. Bundeszuschüsse, die mittlerweile jedoch auf der Grundlage von Ausschreibungen vergeben werden, bestreiten einen Teil des Gesamteinkommens dieser counties.

Persistent poverty counties (Abb. 3.2.2/3) sind solche, deren Pro Kopf-Einkommen seit 1950 konstant in den untersten 20% der Einkommensskala von allen counties der USA liegen. Betroffen sind 10% aller ländlichen counties und 6% der ländlichen Bevölkerung. Insgesamt sind diese counties dünn besiedelt; 60% sind völlig ländlich, und nur zwei haben Städte von über 20.000 Einwohnern. Die vorherrschende Armut und Abhängigkeit von staatlichen Sozialhilfeleistungen hängt nicht mit den Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur zusammen, denn diese ähnelt durchaus der anderer county-Gruppen. Die Armut wird fast gänzlich auf die mangelhafte Ausbildung der Bevölkerung zurückgeführt. 1980 hatten nur 42% der über 25-jährigen Bevölkerung einen high school Abschluss, Zahlen aus späteren Erhebungen sind nicht veröffentlicht. Mangelndes Humankapital schreibt die Armut der Bevölkerung auf Jahrzehnte fort, wenn man bedenkt, dass ein schlecht ausgebildeter 25-jähriger noch rd. 40 Arbeitsjahre mit entsprechend niedriger Bezahlung vor sich hat.

Als weitere Kategorien seien die *Federal lands counties* erwähnt, die 9% der ländlichen Bevölkerung auf sich vereinen. Sie liegen zumeist peripher und weisen viele Klein- und Kleinststädte auf. Eine Besonderheit ist jedoch die Bevölkerungsverteilung, 44% der counties sind wegen des Naturschutzes und der Naturparks völlig ländlich. Schließlich sind die *retirement counties* zu nennen, die rd. 21 % der ländlichen counties und 24% der ländlichen Bevölkerung umfassen. Sie erfuhren sehr hohes Bevölkerungswachstum von 10 bis 30% in nur 10 Jahren, liegen stadtfremd in ländlichen Gebieten großer Attraktivität und weisen einen hohen Anteil tertiärer Aktivitäten auf.

Insgesamt überwiegt also in der Beschäftigungs-, Einkommens- und Sozialstruktur der nichtlandwirtschaftliche Charakter des ländlichen Raumes, wobei sich deutlich ländliche Räume mit Spezialfunktionen herausgebildet haben. Die Bundesregierung hat diese Heterogenität in den ausgehenden achtziger Jahren zum Anlass genommen, neue Konzepte für die Entwicklung der ländlichen Räume im „postagraren“ Zeitalter zu entwerfen, die auf indirekter Wirtschaftsförderung bzw. Bereitstellung von Voraussetzungen für moderne wirtschaftliche Entwicklungen beruhen.

d) Die aktuelle Bundespolitik für den ländlichen Raum

Die aktuelle Bundespolitik für den „postagraren“ ländlichen Raum ist eine Fortführung der zweihundertjährigen traditionellen Ansätze zur Erschließung und Entwicklung ländlicher Räume. Dazu zählen die Infrastrukturpolitik, bei der generell privatwirtschaftliche Erschließungsmaßnahmen durch eine

Vielzahl von Gesetzen und Subventionen unterstützt wurden. Nur während des New Deal (Sozialprogramme und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen), bei der Elektrifizierung unterversorgter Räume und in Form eines regionalpolitischen Krisenmanagements griff der Staat direkt ein (US Congress, OTA 1991 a). Zusätzlich betrieb die Bundesregierung eine aktive Innovations- und Diffusionspolitik, indem Forschung, Wissenschaft und Technologietransfer unterstützt und subventioniert wurden. Ein Beispiel dafür ist die Gründung der 69 großen *state universities* seit den 1860er Jahren oder des landwirtschaftlichen Beratungsdienstes 1914, der über Satellitensysteme Anbau und Ernten weltweit überwacht und amerikanische Farmer danach berät.

Die massive Subventionierung der agrarischen Überproduktion förderte die Megafarmen und benachteiligte die Kleinfarmen, erfolgte jedoch im Einklang mit einer Empfehlung zum Gesundshrumpfen des Farmsektors (US Department of Agriculture 1955). Da diese Politik keinen finanziellen und konzeptionellen Spielraum für die Belange des nichtlandwirtschaftlichen Raumes ließ, besteht gegenwärtig die paradoxe Situation eines zwar beachtlich subventionierten, aber dennoch von der Bundespolitik in den letzten Jahrzehnten völlig vernachlässigten *Rural America* (US Department of Agriculture 1989). Generell jedoch erwiesen sich die Infrastruktur- und Innovationspolitik als wirksam im Sinne ihrer Zielsetzung; daher kommen sie auch bei der Bundespolitik für das 21. Jahrhundert kombiniert zum Einsatz, wenngleich die Inhalte neu definiert wurden.

Die Telekommunikationspolitik des Bundes

Die Bundespolitik für den ländlichen Raum, die seit den ausgehenden achtziger Jahren konzipiert wurde, sollte für alle Kategorien des ländlichen Raumes gleichermaßen relevant sein und in jedem Teilraum die Voraussetzungen für den Aufbau von Wachstumsbranchen schaffen. Diese sah man in einer bundesstaatlichen Telekommunikationspolitik, bei der Telekommunikationsnetze und bestehende Informationstechnologien in einer einzigen koordinierten, zusammenhängenden Infrastruktur, einem Netzverbund von Datenautobahnen, verknüpft werden sollten (US Congress OTA 1990 und 1991b). Diese planmäßige Konvergenz von Telekommunikationsnetzen wird nicht nur subventioniert, sondern teilweise vom Bund als interventionistische Maßnahme über einige Behörden durchgeführt. Dabei gelten die vernetzten Datenautobahnen als wichtigster Standortfaktor in solchen Regionen, die ihre vormalige Standortvorteile verloren haben oder bestehende ausbauen wollen.

Telekommunikationspolitik als Lösungsansatz für Probleme der ländlichen Regionalentwicklung ist natürlich nicht neu oder auf die USA beschränkt, sondern wird auch in Europa praktiziert. Nach Entschluss des Europäischen Rates von 1993 sind der Verbund von Telekommunikationsnetzen und die Interoperabilität von Telekommunikationsdiensten und -anwendungen als vorrangiges Ziel der Europäischen Union anzusehen (Kommission der Europäischen Gemeinschaft 1994). Auf beiden Seiten des Atlantik besteht die Herausforderung darin, aus sämtlichen Telekommunikationsnetzen wie den herkömmlichen Telefon- und den neuen Glasfaserkabeln oder Mobilfunk- und Satellitensystemen einen Verbund von Hochgeschwindigkeitsnetzen herzustellen, der über das Telefon zugänglich ist.

Mögliche Auswirkungen auf den ländlichen Raum

Die Totalvernetzung der Telekommunikations- und Informationstechnologien gilt als Grundlage für die Zunahme dezentraler Arbeitsplätze in Wachstumsbranchen. Sie beseitigt Beschränkungen, die durch Zeit und räumliche Entfernungen auferlegt werden. Vormalig periphere Räume werden damit so zentral in den Wirtschaftskreislauf eingebunden wie Großstädte und können Anbieter von Dienstleistungen werden, bei denen Informationen wichtigstes In- und Output sind (Dillman 1991). Zu den weiteren Vorteilen der Telekommunikationsvernetzung zählt die bessere Versorgung der Bevölkerung in Periphereräumen durch Tele-Medizin. In den USA sind viele Landärzte bereits mit sehr weit entfernt gelegenen Kliniken vernetzt und können dort ihre Diagnose einholen oder abstützen. Ferner verhindert Tele-Ausbildung im Bereich der beruflichen Erst- und Weiterbildung die Abwanderung aus dem ländlichen Raum und schafft vor Ort die Kapazitäten für die neuen Wachstumsbranchen. Auch Tele-Einkauf oder Tele-

Banking erleichtern den Alltag in peripheren Räumen. Die Bundesregierung in den USA (und in Deutschland) greift daher aktiv in den Aufbau einer 'Glasfaserinfrastruktur' ein, weil zu befürchten ist, dass das marktstrategische Vorgehen der privaten Telekommunikationsbetreiber derzeit einige Regionen unverorgt lassen würde, weil der tatsächliche Bedarf noch zu gering ist (US Congress OTA 199 Ia, S. 137-151). Auch in den neuen Bundesländern wurde bereits ein subventioniertes hochleistungsfähiges Breitbandkommunikations-Glasfasernetz ausgebaut (Tenzer und Uhlig 1991; Telekom 1994).

Besonderheiten der neuen amerikanischen Bundespolitik für den ländlichen Raum im Vergleich zur deutschen Raumordnungspolitik

Wenn Telekommunikation als die einzige integrierte Strategie zur ländlichen Entwicklung angesehen wird, kann sie sehr wohl Disparitäten fördern. Denn Strategien für die Ansiedlung von Hochtechnologie-Arbeitsplätzen importieren oft Arbeitskräfte von außerhalb in eine Region und bewirken wenig für die einheimische Bevölkerung ohne den entsprechenden Ausbildungsstand, wie dies in den *persistent poverty counties* der Fall ist. Technologiepolitik bringt dann zwar Wachstum, aber keine Entwicklung. Ohnehin kann die Vernetzung eher Abwanderung bewirken. Die Hochtechnologisierung des ländlichen Raumes erlaubt z.B. die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und dabei mit noch weniger Arbeitskräften auszukommen. Außerdem können viele Bewohner die Tele-Ausbildungsprogramme nutzen, um sich weiterzubilden und dann in die Großstädte abzuwandern.

Zwar wird auch in Deutschland eine aktive Telekommunikationspolitik betrieben, für die Entwicklung der ländlichen Regionen ist aber in erster Linie eine vom Gesetzgeber eingesetzte staatliche Raumordnungspolitik mit entsprechender hierarchischer Struktur zuständig. Es gibt spezifische Planungsinstrumente zum Abbau sozialräumlicher Ungleichgewichte wie etwa das Zentrale Orte-Konzept, das Konzentrationspunkte für gebündelte Investitionen der öffentlichen Hand ausweist. Nach wie vor gilt das verfassungsmäßige Mandat, so lange zielorientiert regionale Disparitäten abzubauen, bis gleichwertige Lebensbedingungen erreicht sind.

Zur nicht-europäischen Identität der amerikanischen Bundes- und Planungspolitik

Zu fragen ist, warum regionalpolitische Ansätze, wie sie in Deutschland oder Europa zu finden sind, in den USA fehlen. Die Antwort ist einfach: Schon bei ihrer Gründung brachen die USA mit zentralen Regierungssystemen nach europäischem Muster und folgten einer anderen Staatslehre, speziell einer anderen Auffassung von sozialstaatlichen Aufgaben. Die amerikanische Verfassung von 1786 setzte zwar in ihrer Präambel das Ziel, „...die Gerechtigkeit zu verwirklichen ... das allgemeine Wohl zu fördern und das Glück der Freiheit uns selbst und unseren Nachkommen zu bewahren“. Dies wurde durch die Inhalte der Declaration of Independence, die die Grundrechte „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück“ festlegte, bekräftigt, ebenso durch den 10. Zusatzartikel der Bill of Rights, der die Autonomie der einzelnen Staaten und Kommunen betont. Auf der Grundlage des 10. Zusatzartikels darf der amerikanische Kongress keine Macht ausüben, die die Souveränität und Integrität der Bundesstaaten oder ihre Funktionstüchtigkeit im föderativen System beeinträchtigen würde (Corwin und Peltason 1948, 1985). Daher können keine zentralstaatlichen Ausgleichsmechanismen im Falle regionaler oder allgemeiner sozioökonomischer Disparitäten „verordnet“ werden, und es lassen sich aus dem amerikanischen Verfassungswerk keine administrativen zentralen Strukturen zur Förderung von Regionen oder Städten ableiten, wie beispielsweise aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Dieses verankert zwar ebenfalls den Autonomiespielraum der Länder und Kommunen (Art. 28) und spricht dem Volk die Staatsgewalt zu (Art 20), legt aber auch die Rahmenkompetenz des Bundes für die Verabschiedung von Bundesraumordnungsgesetzen (Art. 75) und entsprechende Instrumente fest (Art. 104a (4); Art. 107).

In den USA wird nur in akuten Krisen oder Katastrophenfällen interveniert, und auch dann nur zeitlich begrenzt, denn das amerikanische politische System kennt keine zentrale Institution oder übergreifende Politik für die Entwicklung ländlicher Räume.

e) Ausblick

Der ländliche Raum bietet gerade in der Informationsgesellschaft und in der Ära der Telekommunikationsvernetzung sehr interessante und höchst aktuelle Aufgabenbereiche für Geographen, denn hier werden völlig neue sozialräumliche Strukturen geschaffen, wobei auch technologiepolitische Strategien eine Rolle spielen können. So kann dieselbe Technologie- oder Technologieförderung in verschiedenen ländlichen Räumen eines Landes völlig unterschiedliche Auswirkungen haben, je nachdem, welche institutionellen, gesetzlichen und raumordnerischen Rahmenbedingungen herrschen (Fritsch 1990). Noch ist weder im US-amerikanischen noch im deutschen Kontext eindeutig geklärt, welcher Art diese Auswirkungen sein können.

3.2.2.2 Landwirtschaft an der agronomischen Trockengrenze in den Great Plains der USA (Werner Klohn)

An den nordamerikanischen Great Plains lassen sich exemplarisch die Probleme landwirtschaftlicher Tätigkeit an der agronomischen Trockengrenze aufzeigen. Die Fehleinschätzungen des Naturraumpotentials haben zu ökologischen Problemen geführt, und die stete Auseinandersetzung mit den stark schwankenden Niederschlagsmengen bewirkte gesetzliche Regelungen und mehrfachen Wechsel in der Bevölkerungsentwicklung.

a) Abgrenzung und naturräumliche Ausstattung

Die Great Plains sind ein rund 700 km breiter Großraum östlich der Rocky Mountains (Abb. 3.2.2/4). Da sie im Osten allmählich in die Prairie Plains übergehen, ist eine Abgrenzung aufgrund breiter Übergangssäume schwierig und wird daher z.T. unterschiedlich gehandhabt.

Abb. 3.2.2/4

Die Great Plains in den USA (aus: Webb 1931, S. 34)

